

Bayerns Politik zahlt sich aus!

Beispiel: Innere Sicherheit

Bayerns Sicherheitspolitik zahlt sich für die Menschen aus

- ✓ Bayern ist seit Jahren das **sicherste Land in ganz Deutschland**. Nirgends sonst ist das Risiko geringer, Opfer einer Straftat zu werden. 2014 konnten mit über 64 % erneut knapp **zwei Drittel aller registrierten Straftaten aufgeklärt** werden (Bund: 54,9 %).
- ✓ Die Strafe folgt der Tat auf dem Fuße: Bei den Amtsgerichten dauerten Strafverfahren durchschnittlich 2,7 Monate (Bund: 3,8 Monate) und bei den Landgerichten durchschnittlich 5,5 Monate (Bund: 6,4 Monate). Damit liegen Bayerns **Gerichte im bundesweiten Vergleich auf einem der vordersten Plätze**.

Bayern setzt auf Sicherheit

- ✓ Bayern stärkt seine Polizei. Hierzu haben wir im Doppelhaushalt 2013/2014 **936 neue Stellen für die Polizei** und zwar 96 insbesondere zur Intensivierung der Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Cyberkriminalität und 840 Anwärterstellen zum Nachersatz von Ruhestandsabgängen geschaffen. Zudem wurden im Rahmen der Rückführung der Wochenarbeitszeit sowie der Verteilung von 1.000 Stellen für die Bayerische Polizei in den Jahren 2013 und 2014 insgesamt 1.922 Stellen ausgebracht.
- ✓ Im Doppelhaushalt 2015/2016 sind 377 neue Stellen für die Polizei veranschlagt. 47 Stellen dienen vor allem zur **Bekämpfung der Internetkriminalität**, für die **Cyber-Sicherheit** und für die **Autorisierte Stelle Digitalfunk Bayern**. Außerdem werden 330 neue Polizei-Ausbildungsstellen ausgebracht, um den Nachersatz für Ruhestandseintritte auch bis ins Jahr 2020 vollumfänglich zu gewährleisten. Insgesamt wurden in den letzten sechs Jahren über **7.700 Nachwuchsbeamte** eingestellt.
Der Nachtragshaushalt 2016 enthält weitere 925 neue Stellen für die Polizei. **345 dieser Stellen** wurden vor dem Hintergrund der **terroristischen Anschläge in Paris** vor allem für die verstärkte Schleierfahndung, die Observation gewaltbereiter Islamisten und die Aufdeckung terroristischer Netzwerke **geschaffen**.

Zur **Bewältigung der Flüchtlingskrise** sind **500 zusätzliche Ausbildungsstellen** für **Polizeibeamte** und **80 Stellen** für **Tarifbeschäftigte** bei der Polizei neu ausgewiesen. Mit den künftig knapp 41.400 Stellen erreicht unsere Polizei den **höchsten Personalstand ihrer Geschichte**. Allein in diesem Jahr können dank der neu geschaffenen Stellen **mehr als 1.400 Beamten neu eingestellt** werden.

97 neue Stellen für den Verfassungsschutz und 15 für die Steuerfahndung vervollständigen das Paket für die Sicherheitsbehörden.

- ✓ Bayern modernisiert die **Ausstattung der Polizei**. Im Doppelhaushalt 2015/2016 führen wir den Polizeisachhaushalt mit rd. 294 Mio. Euro auf hohem Niveau fort. Damit kann unter anderem auch der Einstieg in die **neue Dienstkleidung** für die Vollzugsbeamtinnen und -beamten finanziert werden. Aufgrund der polizeilichen Mehraufwendungen im Zusammenhang mit der Bewältigung des Asylbewerberzustroms, aber insbesondere im Zusammenhang mit den terroristischen Anschlägen in Paris stehen zusätzliche Mittel in Höhe **von rd. 57 Mio. Euro** im Nachtragshaushalt 2016 zur Verfügung, womit unter anderem **luK-Ausstattung** sowie **zusätzliche mobile Endgeräte für die Schleierfahndung** beschafft und die **Schutzausstattung** der polizeilichen Einsatzkräfte mittels modular erweiterbaren Aufrüstelementen mit einer deutlich höheren Schutzklasse optimiert werden. Auch wird gezielt bei den Spezialeinheiten investiert, unter anderem auch in **speziell gepanzerte Fahrzeuge** zur sicheren Bergung von Personen. Weitere **23 Mio. Euro** stehen für die Verbesserung von **Trainingsräumen zur Schulung des polizeilichen Einsatzverhaltens** und **Raumschießanlagen** im Rahmen des Sicherheitskonzepts, die Durchführung von **Baumaßnahmen** (Passau, Regensburg und Ayring), sowie zur Verbesserung der **Barrierefreiheit von Polizeidienststellen** zur Verfügung. Dieses Haushaltsergebnis zeigt deutlich auf, welch hohen Stellenwert die Innere Sicherheit in Bayern hat.

Bayern reagiert konsequent auf den Flüchtlingszustrom

- ✓ Die aktuellen **Migrationsbewegungen** stellen eine große **Herausforderung** für Europa, die Bundesrepublik Deutschland und hier insbesondere den Freistaat Bayern dar. Für Bayern ist es auch in diesem Zusammenhang erklärtes Ziel, unsere bundesweit herausragende Sicherheitslage zu erhalten und die Belastungen für Flüchtlinge und Bevölkerung auf ein erträgliches Minimum zu reduzieren.

Im Innenministerium wurde dazu der „**Koordinierungsstab Asyl/Sicherheit**“ eingerichtet, der unter anderem einen **behördenübergreifenden Informationsaustausch** und **rasche Abstimmungsprozesse** gewährleistet.

Für eine optimierte internationale Zusammenarbeit hat Bayern maßgeblich am Aufbau des **deutsch-österreichischen Polizeikooperationszentrums (PKZ)** mitgewirkt. Im PKZ arbeiten seit November 2015 Vertreter der Bundespolizei, des BKA, der Bayerischen Polizei und der österreichischen Polizei eng zusammen.

Bayern ist Leuchtturm für IT-Sicherheit

- ✓ **Bayern duldet keine rechtsverfolgungsfreien Räume, auch nicht im Internet.** Wir brauchen daher weitere Verbesserungen der **Regelungen im Bereich der digitalen Spurensicherung**. Unsere Ermittler brauchen das nötige Handwerkszeug, um auch die digitalen Spuren von Tätern gerichtsfest nachverfolgen zu können. Für eine effektive Terror- und Verbrechensbekämpfung im Interesse der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger müssen die verfassungsrechtlichen Spielräume genutzt und weitere Verbesserungen erreicht werden.
- ✓ Unsere **mehr als 300 Internetspezialisten der bayerischen Polizei leisten hervorragende Arbeit**. Die **Internetkriminalität** ist 2014 um deutliche 12,5 % auf 21.261 Straftaten **zurückgegangen**. Eine Entwarnung gibt es in diesem Bereich aber nicht. Mit rund 15 Mio. Euro ist der verursachte Schaden immer noch sehr hoch. Deutlich gestiegen ist die Zahl der Sexualstraftaten im Internet (+14,5 %). Außerdem liegt die Aufklärungsquote im Bereich der Internetkriminalität nur bei 46,8 %.
- ✓ Wir sorgen deshalb auch weiterhin dafür, dass die Bayerische Polizei hinsichtlich Personal, Ausstattung und Befugnissen in der Lage bleibt, IuK-Kriminalität wirksam bekämpfen zu können. Zuletzt konnte hier viel erreicht werden. So wurden flächendeckend **spezielle Einheiten „Cybercrime“** und für komplexeste Ermittlungen das **Cybercrime-Kompetenzzentrum** beim Bayerischen Landeskriminalamt eingerichtet. Aktuell läuft zudem ein weiterer Unterweisungsdurchgang für sog. Cybercops. Seit 01.05.2015 stehen der Bayerischen Polizei 20 weitere Spezialisten zur Verfügung. Wir setzen auch in Zukunft auf dieses Ausbildungsmodell, das bundesweiten Vorbildcharakter hat. Unabhängig davon verfolgen wir auch in Zukunft den Ansatz, dass alle Polizistinnen und Polizisten in der Aus- und Fortbildung umfassend auf die zunehmende Digitalisierung vorbereitet werden.
Parallel setzen wir – gerade in diesem Deliktsfeld mit hoher Dunkelziffer – auf präventive Maßnahmen. Hierfür stehen pro Jahr rund 1 Mio. Euro zur Verfügung.

- ✓ Das **Cyber-Allianz-Zentrum** (CAZ) im Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz unterstützt Unternehmen sowie Betreiber kritischer Infrastrukturen (KRITIS) bei der Prävention und Abwehr gezielter Cyberangriffe. Es fungiert als vertraulicher Ansprechpartner und zentrale staatliche Steuerungs- und Koordinierungsstelle. Das tatsächliche Meldeaufkommen zeigt, dass die Wirtschaft selbst bei kritischen und sensiblen Angriffen das Angebot des CAZ annimmt. Seit seiner Einrichtung zum 01.07.2013 erfolgten über 280 Kontaktaufnahmen. Sie führten in 111 Fällen zu einer teilweise sehr komplexen Fallbearbeitung.

Fahndungs- und Ermittlungsdruck gegen Einbrecherbanden wird weiter erhöht

- ✓ Mit 65 Einbrüchen bei 100.000 Einwohnern ist das **Risiko, Opfer eines Wohnungseinbruchs zu werden, in Bayern erheblich geringer als anderswo** (Bundesdurchschnitt 2014: 188 Einbrüche, Nordrhein-Westfalen 2014: 300 Einbrüche). Auch in Bayern sind Wohnungseinbrecher aber auf dem Vormarsch. Die Zahl der gemeldeten Fälle 2014 ist um 28,6 % gestiegen.
- ✓ **Die Bayerische Polizei wird den Fahndungs- und Ermittlungsdruck gegen Einbrecherbanden weiter erhöhen.** In den letzten Monaten fanden in ganz Bayern spezielle Schwerpunktkontrollen statt. Besonders im Visier waren internationale Einbrecherbanden. Die Kontrollaktionen sind Bestandteil des Fünf-Punkte-Maßnahmenpakets der Bayerischen Polizei gegen Wohnungseinbrüche. Neben dem erhöhten Fahndungsdruck gehören dazu eine optimierte, softwaregestützte Ermittlungsarbeit, eine bessere internationale Zusammenarbeit und verstärkte Präventionsmaßnahmen. Zum Einsatz kommt dabei auch die **bundesweit einmalige Prognosesoftware „Precobs“**. Außerdem ist die bayerische Polizei im Rahmen der Donaunraumstrategie Teil des EU-Projekts „Danube Property Crime Project“, einer internationalen Zusammenarbeit gegen reisende Einbrecherbanden. Zusätzlich bauen Bayern und Baden-Württemberg ihre Zusammenarbeit im Kampf gegen Einbrecherbanden weiter aus. Kern der länderübergreifenden Kooperationsvereinbarung ist ein 7-Punkte-Programm beider Polizeien, das insbesondere einen schnelleren und besseren Informationsaustausch, eine stärkere gemeinsame Täterfahndung sowie eine noch intensivere Zusammenarbeit bei konkreten Ermittlungsverfahren und in der Prävention vorsieht.

Während einer ersten länderübergreifenden Fahndungs- und Kontrollaktion im Herbst 2015 kontrollierten bayerische und baden-württembergische Polizeibeamte mehr als 15.000 Personen und über 8000 Fahrzeuge. Die Festnahme von 101 Personen und die 154 festgestellten Straftaten u.a. aus den Bereichen der Eigentums- und Rauschgiftkriminalität belegen den Erfolg der länderübergreifenden Kooperation. Das Gesamtkonzept hat überzeugt und mittlerweile das Interesse weiterer Bundesländer geweckt. Derzeit finden erste Gespräche für eine Ausweitung des Kooperationsraumes statt.

Bayern bekämpft jede Art von Extremismus

- ✓ Wir bekämpfen jede Art von Extremismus. Mit dem **Verbot des „Freien Netz Süd“** ist ein wichtiger Schlag gegen die rechtsextreme Szene in Bayern gelungen. Eine weitere konkrete Umsetzungsmaßnahme ist das **angestrebte NPD-Verbot**. Es ist ein Baustein in der effektiven Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen. Der **Verbotsantrag des Bundesrats** wurde am 03.12.2013 beim Bundesverfassungsgericht eingereicht, welches am 02.12.2015 entschied, das Verbotsverfahren gegen die NPD zu eröffnen. Bayern wird das Verfahren weiter intensiv begleiten und unterstützen.
- ✓ Die **zunehmende Radikalisierung junger Menschen aus dem salafistischen Bereich** ist besorgniserregend. Der „Nachschub“ an todes- und tötungswilligen Jihadisten reißt nicht ab, ganz egal ob wir nach Deutschland oder Frankreich blicken. Staatliche Maßnahmen, wie Vereinsverbote und strafrechtliche Ermittlungsverfahren, sind das eine. Wir müssen aber zudem **Radikalisierungstendenzen bereits in einem möglichst frühen Stadium entgegenwirken!**
Es müssen präventive wie auch deradikalisierende Ansätze genutzt werden. So setzt die Prävention an, bevor eine Radikalisierung erkennbar ist und richtet sich an alle gesellschaftlichen Gruppen. Die Deradikalisierung erfolgt dagegen anlass- und personenbezogen. Dazu wird in Bayern eine **Zentrale Beratungsstelle** eingerichtet, die von einem zivilgesellschaftlichen Träger betrieben werden soll. Konkret sollen dabei
 - die Beratung und Begleitung radikalierungsgefährdeter Personen bzw. Radikalierter im frühen Stadium,
 - die Beratung ihrer Angehörigen sowie
 - Ausstiegshilfen für bereits radikalisierte Personenangeboten werden.

Darüber hinaus hat das Bayerische Landeskriminalamt seit 1. September ein „**Kompetenzzentrum für Deradikalisierung**“ eingerichtet. Seine Aufgabe ist es insbesondere, deradikalisierende Ansätze zu koordinieren, um eine Eigen- und Fremdgefährdung durch religiös motivierte radikalisierte Personen möglichst zu verhindern. Bei sicherheitsrelevanten Beratungsfällen wird es auch koordinierend zwischen den beteiligten Behörden und dem zivilgesellschaftlichen Träger der Zentralen Beratungsstelle tätig werden.

Bayern setzt auf einen leistungsfähigen Verfassungsschutz

- ✓ Bayern setzt auf einen **leistungsfähigen Verfassungsschutz** in der föderalen Struktur von Bund und Ländern und greift mit dem Gesetzentwurf zur Novellierung des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes die von der Innenministerkonferenz beschlossenen Vorschläge und Maßnahmen zur Neuausrichtung des Verfassungsschutzes auf.

Bayern setzt auf das Engagement der ehrenamtlichen Einsatzkräfte

- ✓ Neben Polizei und Verfassungsschutz sorgen mehr als **470.000 Einsatzkräfte** der **nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr** für die hohe Sicherheit in Bayern. Davon ist der überwiegende Teil (rund 450.000 Bürgerinnen und Bürger) ehrenamtlich bei den **Freiwilligen Feuerwehren**, den **freiwilligen Hilfsorganisationen** und dem **Technischen Hilfswerk** tätig. Kein anderes Land der Bundesrepublik kann eine ähnlich hohe Ehrenamtsquote vorweisen.
- ✓ Bayern ist verlässlicher Partner unserer **Feuerwehren**. In den Jahren 2005 bis 2014 investierte der Freistaat rund **489 Mio. Euro** in die Feuerwehren (davon rund 312 Mio. Euro in die Fahrzeug- und Gerätehausförderung und rund 177 Mio. Euro in die Ausbildung ehrenamtlicher Feuerwehrleute). Im Doppelhaushalt 2015/2016 sind für die Beschaffung von Fahrzeugen und Geräten sowie für die Förderung von Feuerwehrgerätehäusern Zuweisungen an die Gemeinden in Höhe von 74,9 Mio. Euro vorgesehen.
- ✓ Bayern setzt auf eine **moderne Feuerwehrausbildung**. Hierzu haben wir in den letzten Jahren **55 neue Stellen** an den **Staatlichen Feuerweherschulen** geschaffen und Vergütungsverbesserungen für das dortige Lehrpersonal auf den Weg gebracht. Zudem sollen allein bis 2020 rund **80 Mio. Euro** für den Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur an den Feuerweherschulen investiert werden.

- ✓ Bayern sorgt für einen **schnellen und leistungsstarken Rettungsdienst**. Allein 2015 und 2016 erstatten wir den besonders stark vom Ehrenamt geprägten **Berg- und Wasserrettungsorganisationen** mit **17 Mio. Euro** die Kosten zahlreicher Einsatzmittel und investieren rund **11 Mio. Euro** in den weiteren Ausbau der **Integrierten Leitstellen**. Zudem haben wir 2013 die sogenannte **Retterfreistellung** auf den Weg gebracht. Die ehrenamtlichen Einsatzkräfte im Rettungsdienst erhalten damit einen Anspruch auf Freistellung von der Arbeit als auch Anspruch auf Entgeltfortzahlung gegenüber dem Arbeitgeber bzw. Erstattung ihres Verdienstauffalls, wenn sie von der Integrierten Leitstelle während der Arbeitszeit zu einem Notfalleinsatz gerufen werden.

Bayern investiert in den Katastrophenschutz

- ✓ Bayern investiert auch in den **Katastrophenschutz**. Beginnend mit dem Doppelhaushalt 2009/2010 haben wir ein mehrjähriges bayerisches **Investitions- und Beschaffungsprogramm mit einem Gesamtvolumen von 40 Mio. Euro** aufgelegt. Seit 2009 haben wir mit über 14 Mio. Euro Einsatzfahrzeuge und wichtige Ausrüstungsgegenstände für freiwillige Hilfsorganisationen und Feuerwehren finanziert. Im Doppelhaushalt 2015/2016 werden insgesamt weitere 5 Mio. Euro bereitgestellt.
- ✓ Die **Hochwasserkatastrophe im Juni 2013** hat die Einsatzkräfte vor große Herausforderungen gestellt. Auch hierauf haben wir reagiert und mit dem neu geschaffenen **Investitionssonderprogramm Hochwasser** die Weichen für eine optimale Ausrüstung für die Bekämpfung von Hochwasser gestellt. Es umfasst eine optimale Ausrüstung für die Bekämpfung von Hochwasser und hat bei einer Laufzeit von 2015 bis 2018 ein Volumen von insgesamt 25 Mio. Euro. **In 2016 stehen hierfür mit zusätzlichen 1,45 Mio. Euro aus der Fraktionsreserve zum Nachtragshaushalt 2016 insgesamt 5,8 Mio. Euro bereit.** Für die Feuerwehren werden Löschwasserfördersysteme mit Verstärkerpumpen und Flutsystemen beschafft. Zudem gibt es hier die Förderprogramme Sandsackabfüllanlagen, Einsatzleitwagen und mobile Lautsprecher-/Sirenenanlagen. Für die Freiwilligen Hilfs- und Wasserrettungsorganisationen beinhaltet es u. a. Maßnahmen zur Beschaffung von Logistik-LKW und Mannschaftstransportwagen mit Anhänger.

- ✓ Bayern muss im Katastrophenschutz auch auf **terroristische Gefahren** und deren Auswirkungen vorbereitet sein. **Im Nachtragshaushalt 2016 wurden deshalb für Maßnahmen des Katastrophenschutzes zusätzliche 6 Mio. Euro bereitgestellt:** Speziell bei einem Massenanfall von Verletzten ist der Sanitäts- und Betreuungsdienst besonders gefordert und wird deshalb mit zusätzlichen Einsatzfahrzeugen im Wert von 2,5 Mio. Euro ausgestattet. Für die wichtige Aufgabe Führung werden Einsatzleitwagen für die Örtlichen Einsatzleitungen mit ebenfalls 2,5 Mio. Euro gefördert. Zur Verbesserung der Warnung der Bevölkerung insbesondere in der Umgebung von Kernkraftwerken und Störfallbetrieben werden die bestehenden Warnsysteme optimiert. Hierfür stehen 1 Mio. Euro zur Verfügung.